

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- **EU-Gipfel brachte Einigung auf historisches Finanzpaket** 2

Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

- **EU-Justizbarometer zeigt einen Aufwärtstrend bei der Effizienz, Justiz wird weniger unabhängig wahrgenommen** 3
- **Saisonsarbeiter in Krisenzeiten besonders unter Druck** 4

Europäisches Parlament

- **Energieprojekte: EU-Finanzierung sollte die Klimaziele 2050 widerspiegeln** 5
- **EP- Tourismus Task Force fordert Maßnahmen, um den Tourismus anzukurbeln und KMUs zu unterstützen** 6

Sonstiges

- **Kohäsionspolitik im Fokus** 7

Laufende Konsultationen 8

Impressum 9

Gemeinsame Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45–47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

EU-Gipfel brachte Einigung auf historisches Finanzpaket

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten konnten sich nach den viertägigen Verhandlungen auf den zukünftigen Finanzrahmen einigen: Der Corona-Wiederaufbaufonds umfasst 750 Milliarden Euro, davon 390 Milliarden als Zuschüsse. 1.074 Milliarden Euro werden auf den nächsten mehrjährigen Haushaltsrahmen entfallen.

Der Europäische Rat hat sich nach langen Verhandlungen auf den Finanzrahmen 2021-2027 in Höhe von 1074 Milliarden Euro und das Aufbauinstrument *NextGenerationEU*, in Höhe von 750 Milliarden Euro, geeinigt. „Wir haben vier lange Tage und Nächte durchverhandelt. Aber das war es wert. Das Ergebnis ist ein Signal des Vertrauens in Europa und es ist ein historisches Moment für Europa“, sagte EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen Dienstag in der Früh bei einer [gemeinsamen Pressekonferenz](#) mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel. Nun gelte es, die Unterstützung des Europäischen Parlaments zu sichern, betonte von der Leyen.

Um die 750 Milliarden Euro für *NextGeneration - EU* zu lukrieren, wird die EU-Kommission ermächtigt, an den Kapitalmärkten Geld aufzunehmen. Von den so aufgebracht Mitteln sollen max. 390 Milliarden Euro als Zuschüsse und 360 Milliarden Euro als Kredite vergeben werden. Ursprünglich waren von der EU-Kommission 500 Milliarden an Zuschüssen vorgeschlagen worden. Die Zuschüsse sollen als direkte Hilfen zur Behebung, der durch die Corona-Krise entstandenen Schäden, ausgezahlt werden. 30 % sollen dabei in den Klimaschutz gehen (z.B. Gebäudeisolation und öffentlicher Verkehr).

Die sog. „Sparsamen Vier“ – Dänemark, Niederlande, Österreich und Schweden – denen sich im Laufe der Verhandlungen noch Finnland anschloss, hatten ursprünglich maximal 350 Milliarden Euro an Zuschüssen gefordert. Sie erhalten daher teils deutliche Rabatte für die Beitragszahlungen. So vervierfacht sich der österreichische Rabatt von 137 Millionen Euro in der laufenden Periode auf zukünftig 565 Millionen pro Jahr. Allerdings muss der Einnahmeausfall durch die Rabatte von allen Mitgliedsstaaten entsprechend ihrer Wirtschaftskraft, also anteilig auch von den Begünstigten selbst, ersetzt werden. Der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz zeigte sich nach der Einigung äußerst zufrieden. Er bedankte sich besonders bei der Zusammenarbeit der „Sparsamen Vier“ und kündigte an, diese in Zukunft fortsetzen zu wollen, da dies „relevant für die Machtverhältnisse in der Europäischen Union“ sei.

Um die EU-Beiträge der Mitgliedsstaaten zu entlasten, schlug Michel neue EU-Steuern und Eigenmittel vor, darunter eine Abgabe auf Plastikmüll ab 1. Jänner 2021. Im ersten Halbjahr 2021 solle die EU-Kommission überdies eine CO2-Grenzsteuer und eine Digitalsteuer ausarbeiten, die bis spätestens 1. Jänner 2023 eingeführt werden sollen. Der Emissionshandel (ETS) sollte auf Luft- und Seefahrt ausgeweitet werden.



Europäische Kommission

EU-Justizbarometer zeigt einen Aufwärtstrend bei der Effizienz der Justizsysteme, Justiz wird weniger unabhängig wahrgenommen

Der kürzlich veröffentlichte Justizbarometer 2020 der EU-Kommission zeigt eine Verbesserung der Justizsysteme in vielen Mitgliedstaaten. Gleichzeitig wird die Unabhängigkeit der Justiz in einigen Ländern als sehr gering wahrgenommen.

Das Justizbarometer 2020 der Kommission gibt einen Überblick über Effizienz, Qualität und Unabhängigkeit der Justiz in den EU-Mitgliedstaaten. Demnach sind in den meisten Mitgliedstaaten, die im Rahmen des Europäischen Semesters als Länder mit besonderen Herausforderungen eingestuft worden sind, seit 2012 Fortschritte erzielt worden.

Im Vergleich zum vergangenen Jahr jedoch hat sich die Unabhängigkeit der Justiz in der öffentlichen Wahrnehmung in etwa zwei Fünfteln aller Mitgliedstaaten und in etwa der Hälfte der Mitgliedstaaten, die mit besonderen Herausforderungen konfrontiert sind, verschlechtert. Dies zeigen die Ergebnisse der aktuellen Eurobarometer Umfrage. Der am häufigsten genannte Grund für die als unzulänglich wahrgenommene Unabhängigkeit von Gerichten und RichterInnen war Einmischung bzw. Druck durch Regierungen und PolitikerInnen, gefolgt von Druck durch (wirtschaftliche) Interessenträger.

In Bezug auf Österreich hebt der Bericht das Weisungsrecht der österreichischen JustizministerInnen hervor. Hier handelt es sich um einen europäischen Sonderfall, den es in dieser Form ansonsten nur in Polen gibt. Demnach können österreichische JustizministerInnen in konkreten Fällen Weisungen an Anklagebehörden erteilen.

Was das Vertrauen in Justiz und Gerichte betrifft, landet Österreich auf dem zweiten Platz. Gute Werte gibt es auch hinsichtlich durchschnittlicher Verfahrensdauer und Anzahl der RichterInnen pro Einwohnerzahl.

Wie in den Politischen Leitlinien von Kommissionspräsidentin von der Leyen angekündigt, verstärkt die Kommission die Überwachung der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten anhand des eigens eingeführten Mechanismus zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit. Die Ergebnisse des Justizbarometers 2020 werden in den ersten jährlichen Bericht der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit einfließen, der noch in diesem Jahr veröffentlicht werden soll.

[Justizbarometer 2020](#)



Europäische Kommission

Saisonarbeiter in Krisenzeiten besonders unter Druck

Mit ihren „Leitlinien für Saisonarbeitnehmer in der EU im Zusammenhang mit dem COVID-19-Ausbruch“ reagiert die Kommission auf eine Forderung des Europäischen Parlaments nach einem besseren Schutz besonders schwer von der COVID-19-Pandemie betroffener Berufsgruppen.

Gemäß einer am 16. Juli präsentierten Mitteilung der Kommission (C2020/4813 final) müssen sowohl SaisonarbeitnehmerInnen aus der EU, als auch in der EU arbeitende SaisonarbeitnehmerInnen aus Drittstaaten mit speziellen Maßnahmen unterstützt werden.

Die 10-seitigen [Leitlinien](#) sollen Saisonarbeitskräfte in der EU vor dem Hintergrund der Coronavirus-Pandemie besser schützen sowie nationalen Behörden, Arbeitsaufsichtsbehörden und Sozialpartnern Orientierungshilfen bieten, um Rechte, Gesundheit und Sicherheit von Saisonarbeitskräften zu gewährleisten. Diese ergänzen zudem die bereits am 30. März 2020 veröffentlichten „Leitlinien zur Ausübung der Freizügigkeit der Arbeitskräfte während des COVID-19-Ausbruchs“ und entsprechen einer Forderung des Parlaments, formuliert in der „Entschließung zum europäischen Schutz von Grenzgängern und Saisonarbeitskräften im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise (2020/2664(RSP))“. Unter anderem werden in der Mitteilung folgende Aspekte abgedeckt:

- das Recht von Saisonarbeitskräften, in einem EU-Mitgliedstaat zu arbeiten, unabhängig davon, ob sie EU-BürgerInnen sind oder aus Ländern außerhalb der EU kommen;

- angemessene Lebens- und Arbeitsbedingungen, einschließlich physischer Distanzierung und Hygienemaßnahmen;
- klare Unterrichtung der Arbeitskräfte über ihre Rechte;
- Schwarzarbeit;
- Aspekte der Sozialversicherung;

In den Leitlinien werden nationale Behörden und Sozialpartner aufgefordert, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um die ordnungsgemäße Anwendung und Durchsetzung der Vorschriften sicherzustellen. Sie enthalten zudem konkrete Empfehlungen und Vorschläge für Maßnahmen, die auf nationaler oder EU-Ebene durchgeführt werden sollen: Ein Beispiel ist die Aufforderung an die Mitgliedstaaten, die ArbeitgeberInnen bei der Umsetzung der rechtlichen Anforderungen zu unterstützen. Die Kommission will in dieser wichtigen Frage auch weiterhin mit den Mitgliedstaaten, den Sozialpartnern, der „Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz“ (EU-OSHA) sowie der Europäischen Arbeitsbehörde (ELA) zusammenarbeiten.



Europäisches Parlament

Energieprojekte: EU-Finanzierung sollte die Klimaziele 2050 widerspiegeln

Entschließung des Parlaments fordert Überarbeitung der Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur.

In einer am 10. Juli mit deutlicher Mehrheit angenommenen nichtlegislativen [Entschließung](#) begrüßen die Abgeordneten die Ankündigung der Kommission, die „Leitlinien für die transeuropäischen Netze im Energiebereich“ (TEN-E) noch heuer unter Berücksichtigung eigener Überlegungen zu überarbeiten.

Insgesamt 548 (80 %) der Abgeordneten votierten unter anderem dafür, die Kommission aufzufordern, dass im gegenständlichen Vorschlag „insbesondere die energie- und klimapolitischen Ziele der Union für 2030, die langfristige Verpflichtung der Union zur Dekarbonisierung und der Grundsatz ‚Energieeffizienz an erster Stelle‘ berücksichtigt werde.

Um sicherzustellen, dass die Projekte, die für die nächste „PCI-Liste“ (Projekte von gemeinsamem Interesse) ausgewählt werden, mit den Klimaverpflichtungen der EU übereinstimmen, forderten die Abgeordneten die Kommission überdies auf, Übergangleitlinien vorzuschlagen. Der PCI-Status eines Projektes müsste dabei an die Einhaltung der fünf Prinzipien der Energieunion sowie dem Ziel, dass die Energieversorgung in der EU erschwinglich bleibt, gekoppelt sein.

Die betreffende TEN-E-Verordnung wurde bereits 2013, also noch vor der Verabschiedung des Pariser Klimaabkommens erlassen. Seitdem habe sich das energiepolitische Umfeld erheblich verändert, heißt es in der Begründung der von den Abgeordneten geforderten Reformen. Wie inter-

ne Recherchen ergaben, votierten 16 der 19 österreichischen Abgeordneten für die Verabschiedung der Entschließung. Lediglich die Mandatare der FPÖ stimmten – analog zur Linie ihrer europäischen Fraktion („Identität und Demokratie“ ID) – dagegen.

Hintergrund

Im Rahmen der „Verordnung über transeuropäische Netze im Energiebereich“ (TEN-E) identifizierte die Kommission die wichtigsten PCIs in der gesamten EU, so dass diese Projekte von vereinfachten Genehmigungen und dem Recht profitieren können, EU-Fördermittel aus der „Connecting Europe Facility“ (CEF) zu beantragen. Die meisten Projekte zielen darauf ab, die ununterbrochene Lieferung von Strom und Gas in alle Teile der EU zu gewährleisten, indem grenzüberschreitende Lücken im Netz geschlossen und lokale Speicherkapazitäten ausgebaut werden.



Europäisches Parlament

EP-Tourismus Task Force fordert Maßnahmen, um den Tourismus anzukurbeln und KMUs zu unterstützen

Die Mitglieder der Tourismus Task Force, deren Mitglied auch die Tiroler EU-Abgeordnete Barbara Thaler (EVP) ist, verlangen dringend zusätzliche Maßnahmen, um den Tourismus wieder in Gang zu bringen.

Der Ausschuss für Verkehr und Tourismus erörterte mit der Generaldirektorin für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU der Kommission, Kerstin Jorna, die touristischen Aspekte des EU-Konjunkturpakets und den nächsten langfristigen EU-Haushalt. Ein Monat nach der Annahme der Entschließung zu Verkehr und Tourismus durch das EU-Parlament, zog die Tourismus Task Force eine Bilanz der Fortschritte. Das Vertrauen in Reisen konnte trotz vielerlei Bemühungen nicht wiederhergestellt werden. Die Abgeordneten bekräftigten daher ihre [Forderung nach weiteren Maßnahmen](#) zur Unterstützung des Sektors, der vor Insolvenzen und massiven Entlassungen steht. Konkret gefordert werden:

- eine **gemeinsame Schwelle für eine als akzeptabel niedrig eingestufte Virusausbreitung**, die dann in allen EU-Mitgliedstaaten durchgesetzt werden müsste
- **gemeinsame Hygiene- und Hygienemaßnahmen** für verschiedene Verkehrsträger innerhalb der Europäischen Union anstelle unterschiedlicher Protokolle an jedem Flughafen oder Hafen;
- ein **objektiverer und transparenterer Prozess zur Öffnung der Grenzen für Drittstaatsangehörige** auf der Grundlage epidemiologischer Erkenntnisse;

Neben der Anerkennung des Tourismus als eine der am stärksten von der COVID-19-Krise betroffenen wirtschaftlichen Aktivitäten muss dem

Tourismussektor im EU-Wiederauffüllungsplan die gebührende Bedeutung beigemessen werden. Dies muss die Möglichkeit einschließen, dem Sektor zusätzliche finanzielle Unterstützung zu gewähren, wobei auch der Anteil berücksichtigt wird, den der Reise- und Tourismussektor zum BIP eines Mitgliedstaats beiträgt. Die Abgeordneten bedauern auch, dass wiederholte Forderungen des Parlaments nach einer speziellen Haushaltslinie für nachhaltigen Tourismus auf taube Ohren gestoßen sind und dass dies später nicht in den überarbeiteten langfristigen EU-Haushalt für 2021 - 2027 aufgenommen wurde.





Sonstiges

Kohäsionspolitik im Fokus

Am 14. Juli übergab die „Allianz für Kohäsionspolitik“ der zuständigen EU-Kommissarin Elisa Ferreira eine überarbeitete „Erklärung für ein von Zusammenhalt und Nachhaltigkeit geprägtes widerstandsfähiges Europa“.



Das Bündnis „[#Cohesion Alliance](#)“ ist eine 2017 vom „Europäischen Ausschuss der Regionen“ (AdR) initiierte Eu-weite Koalition von Interessensvertretern für eine starke und effiziente Kohäsionspolitik in der Zukunft. Das von rund 12.000 UnterzeichnerInnen getragene Netzwerk begrüßte bereits Ende Mai die überarbeiteten Vorschläge der Europäischen Kommission für den mehrjährigen EU-Haushalt (2021–2027) sowie für den Aufbauplan und die Verlängerung der laufenden kohäsionspolitischen Programme. Diese würden einen höheren Grad an Flexibilität sowie zusätzliche Mittel erhalten. Gleichzeitig forderte die Allianz die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Städte, Kommunen und Regionen eingebunden werden und dass der Zusammenhalt ausdrücklicher Schwerpunkt bei allen Wiederaufbaumaßnahmen ist, die dazu dienen, die Wirtschaft wiederanzukurbeln, die Nachhaltigkeit zu fördern und das territoriale und soziale Gefüge der Union – auch im Rahmen des Europäischen Semesters – zu stärken.

Bei ihrem Treffen Anfang Juni verabschiedeten die Partnerorganisation der Allianz dann ihre Prioritäten für eine Kohäsionspolitik 2.0 in einer neuen [gemeinsamen Erklärung](#). Das 10-Punkte-Papier, welches der EU-Kommissarin mittels einer Videokonferenz präsentiert wurde, hob dabei bereits in der Präambel die besondere Bedeutung der subnationalen Ebene, insbesondere

im Zusammenhang mit der Krisenbewältigung, hervor. Die Regionen und Städte Europas erbrachten demnach, unabhängig von ihrer Größe, viele grundlegende Dienstleistungen, vor allem auch im medizinischen und sozialen Bereich. Angesichts der COVID-19-Pandemie hätten allerdings gleichzeitig deren Investitionskapazitäten erheblich gelitten. Dementsprechend müsse sichergestellt werden, dass „die Mitgliedstaaten, Regionen und Städte umfassende finanzielle Unterstützung der EU erhalten“ und der neue mehrjährige Finanzrahmen sie darin unterstütze „die Menschen zu schützen, der lokalen Wirtschaft zu helfen, die Gemeinschaften vor Ort gegen Krisen zu wappnen und auf eine nachhaltige Zukunft hinzuarbeiten“. Die aktuelle Krise drohe nämlich, die Unterschiede zwischen und innerhalb der Mitgliedstaaten zu vertiefen. Kurzum könne nur ein konzertiertes und rechtzeitiges Handeln der EU dazu beitragen, dass das Entwicklungsgefälle nicht weiter wachse.

Im Rahmen der Übergabe lobte Ferreira die Erklärung ausdrücklich und bekräftigte ihren Willen, diese als „exzellenten Ausgangspunkt“ gerade auch im Hinblick auf die langfristigen Ziele im Zusammenhang mit den Agenden eines digitalen und nachhaltigen Wandels zu berücksichtigen. Die Details zum mehrjährigen Finanzrahmen gehen indes – aktuell auf Ebene der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten – weiter.



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Postdienste - Bewertung](#)

Binnenmarkt

13. Juli 2020 - 29. November 2020

[Schutz der Ozonschicht - Bewertung der EU-Vorschriften](#)

Klimaschutz

13. Juli 2020 - 9. November 2020

[Bericht über die Unionsbürgerschaft](#)

Justiz und Grundrechte

9. Juli 2020 - 1. Oktober 2020

[Seeverkehr und Binnenschifffahrt - Fahrgastrechte](#)

Verkehr

3. Juli 2020 - 2. Oktober 2020

[Kraftomnibusverkehr - Fahrgastrechte](#)

Verkehr

3. Juli 2020 - 2. Oktober 2020

[Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität](#)

Verkehr

1. Juli 2020 - 29. Juli 2020

[Evaluierung des Weißbuchs Verkehr von 2011](#)

Verkehr

1. Juli 2020 - 23. September 2020

[Versicherungen und Rückversicherungsunternehmen](#)

Bank - und Finanzdienstleistungen

1. Juli 2020 - 26. August 2020

[EU-Wettbewerbspolitik - Bekanntmachung über die Marktabgrenzung \(Evaluierung\)](#)

Wettbewerb

26. Juni 2020 - 09. Oktober 2020

[Fangmöglichkeiten für das Jahr 2021 im Rahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik](#)

Maritime Angelegenheiten und Fischerei

17. Juni 2020 - 31. August 2020

[Gesetz über digitale Dienste](#)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

2. Juni 2020 - 8. September 2020

[Neues Wettbewerbsinstrument](#)

Wettbewerb

3. Juni 2020 - 8. September 2020

[Rahmen für Investitionsschutz und -erleichterung](#)

Bank- und Finanzdienstleistungen

26. Mai 2020 - 8. September 2020

[Mehrwertsteuerregelung für Reisebüros \(Bewertung\)](#)

Steuern

25. Mai 2020 - 14. September 2020

[Laden von Software auf Funkanlagen](#)

Binnenmarkt

25. Mai 2020 - 14. September 2020

[Anpassung an den Klimawandel – EU-Strategie](#)

Klimaschutz

14. Mai 2020 - 20. August 2020

[Tiefseefischerei im Nordostatlantik – Bewertung der EU-Vorschriften](#)

Maritime Angelegenheiten und Fischerei

13. Mai 2020 - 5. August 2020

[Bewertung der EU-Politik zur Förderung der Landwirtschaft](#)

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

8. Mai 2020 - 11. September 2020

[Geldwäsche & Terrorismusfinanzierung – Aktionsplan](#)

Binnenmarkt

7. Mai 2020 - 13. August 2020

[Verbringung von Abfällen – Überprüfung und Bewertung der EU-Vorschriften](#)

Umwelt

7. Mai 2020 - 30. Juli 2020



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Simon Lochmann

Michael Wolf, MSc

Christina Senn, MA, BSc

Abbildungsverzeichnis

S. 6

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20200520STO79501/coronavirus-praktische-ratschlage-fur-sicheres-reisen>

S. 7

<https://cor.europa.eu/SiteCollectionImages/CohesionAlliance/Web%20Banners/4097-CA-webpage-1170px-narrow-de.png>